

## Vertrag zur Auftragsverarbeitung

zwischen der

**Gesundheit Nord gGmbH**

**Klinikverbund Bremen**

**Kurfürstenallee 130**

**28211 Bremen**

– nachfolgend Auftraggeberin genannt –

und

– nachfolgend Auftragnehmerin genannt –

### § 1 Gegenstand und Dauer des Auftrags

- (1) Die Auftragnehmerin führt die in der Anlage 1 (Auflistung der beauftragten Dienstleistungen und Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten) beschriebenen Dienstleistungen für die Auftraggeberin durch. Gegenstand, Art und Zweck der Verarbeitung, die Art der Daten sowie die Kategorien betroffener Personen werden dort beschrieben.
- (2) Dieser Vertrag tritt – solange keine anderweitigen Regelungen vereinbart wurden – mit Unterzeichnung beider Parteien in Kraft und gilt, solange die Auftragnehmerin für die Auftraggeberin personenbezogene Daten verarbeitet.

### § 2 Weisungen der Auftraggeberin

- (1) Die Auftraggeberin ist für die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen des Datenschutzrechts, insbesondere für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung sowie für die Wahrung der Betroffenenrechte verantwortlich. Gesetzliche oder vertragliche Haftungsregelungen bleiben hiervon unberührt.
- (2) Die Auftragnehmerin verarbeitet die ihr zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten ausschließlich nach den Weisungen der Auftraggeberin und im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen. Daten dürfen nur berichtigt, gelöscht und gesperrt werden, wenn die Auftraggeberin dies anweist.
- (3) Die Verarbeitung erfolgt nur auf Weisung der Auftraggeberin, es sei denn, die Auftragnehmerin ist durch das Recht der Europäischen Union oder der Mitgliedstaaten, dem die Auftragnehmerin unterliegt, zur Verarbeitung dieser Daten verpflichtet. In einem solchen Fall teilt die Auftragnehmerin der Auftraggeberin diese rechtlichen Anforderungen vor der Verarbeitung mit, sofern das betreffende Recht eine Mitteilung nicht wegen eines wichtigen öffentlichen Interesses untersagt.

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 1 von 8                             |

- (4) Grundsätzlich können Weisungen mündlich erteilt werden. Mündliche Weisungen sind anschließend von der Auftraggeberin zu dokumentieren. Weisungen sind schriftlich oder in Textform zu erteilen, wenn die Auftragnehmerin dies verlangt.
- (5) Ist die Auftragnehmerin der Ansicht, dass eine Weisung der Auftraggeberin gegen datenschutzrechtliche Vorschriften verstößt, hat sie die Auftraggeberin unverzüglich darauf hinzuweisen.

### § 3 Technische und organisatorische Maßnahmen

- (1) Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, für die zu verarbeitenden Daten angemessene technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen zu treffen und in Anlage 3 (technisch-organisatorische Sicherheitsmaßnahmen) dieses Vertrages zu dokumentieren. Die Sicherheitsmaßnahmen haben ein dem Risiko angemessenes Schutzniveau zu gewährleisten.
- (2) Die getroffenen Maßnahmen können im Laufe der Zeit der technischen und organisatorischen Weiterentwicklung angepasst werden. Die Auftragnehmerin darf entsprechende Anpassungen nur vornehmen, wenn diese mindestens das Sicherheitsniveau der bisherigen Maßnahmen erreichen. Soweit nichts anderes bestimmt ist, muss die Auftragnehmerin der Auftraggeberin nur wesentliche Anpassungen mitteilen.
- (3) Die Auftragnehmerin unterstützt die Auftraggeberin bei der Einhaltung aller gesetzlichen Pflichten hinsichtlich der einzuhaltenden technischen und organisatorischen Maßnahmen. Die Auftragnehmerin hat auf Anfrage an der Erstellung und der Aktualisierung des Verzeichnisses der Verarbeitungstätigkeiten der Auftraggeberin mitzuwirken. Die Auftragnehmerin wirkt bei der Erstellung einer Datenschutz-Folgenabschätzung und ggf. bei der vorherigen Konsultation der Aufsichtsbehörden mit. Sie hat der Auftraggeberin alle erforderlichen Angaben und Dokumente auf Anfrage offenzulegen.

### § 4 Pflichten der Auftragnehmerin

- (1) Die Auftragnehmerin bestätigt, dass ihr die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften bekannt sind. Sie gestaltet in ihrem Verantwortungsbereich die innerbetriebliche Organisation so, dass sie den besonderen Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.
- (2) Die Auftragnehmerin bietet hinreichende Garantien dafür, dass die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen durchgeführt werden, die gewährleisten, dass die Verarbeitung im Einklang mit den datenschutzrechtlichen Vorschriften und den Rechten der betroffenen Person steht.
- (3) Die Auftragnehmerin sichert zu, dass sie die bei der Durchführung der Arbeiten beschäftigten Mitarbeiter mit den für sie maßgebenden Bestimmungen des Datenschutzes vertraut macht und die zur Verarbeitung der personenbezogenen Daten befugten Personen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind oder einer angemessenen gesetzlichen Verschwiegenheitspflicht unterliegen. Sie überwacht die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften.
- (4) Die Auftragnehmerin darf im Rahmen der Auftragsverarbeitung nur dann auf personenbezogene Daten der Auftraggeberin zugreifen, wenn dies für die Durchführung der Auftragsverarbeitung zwingend erforderlich ist.
- (5) Soweit gesetzlich vorgeschrieben, bestellt die Auftragnehmerin einen Beauftragten für den Datenschutz. Die Kontaktdaten des Beauftragten für den Datenschutz werden der Auftraggeberin zum Zweck der direkten Kontaktaufnahme mitgeteilt.

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 2 von 8                             |

- (6) Die Auftragnehmerin darf die ihr zur Verfügung gestellten personenbezogenen Daten ausschließlich im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder – nach Abstimmung mit der Auftraggeberin – in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union verarbeiten. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten in einem Drittland bedarf der **vorherigen** Zustimmung der Auftraggeberin und darf nur erfolgen, wenn die besonderen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.
- (7) Die Auftragnehmerin unterstützt die Auftraggeberin mit geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen, damit diese ihre bestehenden Pflichten gegenüber der betroffenen Person erfüllen kann, z.B. die Information und Auskunft an die betroffene Person, die Berichtigung oder Löschung von Daten, die Einschränkung der Verarbeitung oder das Recht auf Datenübertragbarkeit und Widerspruch. Die Auftragnehmerin benennt einen Ansprechpartner, der die Auftraggeberin bei der Erfüllung von gesetzlichen Informations- und Auskunftspflichten, die im Zusammenhang mit der Auftragsverarbeitung entstehen, unterstützt und teilt der Auftraggeberin dessen Kontaktdaten unverzüglich mit. Soweit die Auftraggeberin besonderen gesetzlichen Informationspflichten bei unrechtmäßiger Kenntniserlangung von Daten unterliegt, unterstützt die Auftragnehmerin die Auftraggeberin hierbei. Auskünfte an die betroffene Person oder Dritte darf die Auftragnehmerin nur nach vorheriger Weisung der Auftraggeberin erteilen. Soweit eine betroffene Person ihre datenschutzrechtlichen Rechte unmittelbar gegenüber der Auftragnehmerin geltend macht, wird die Auftragnehmerin dieses Ersuchen unverzüglich an die Auftraggeberin weiterleiten.
- (8) Bei den Daten der Auftraggeberin handelt es sich in der Regel um Daten, die dem Schutzbereich des § 203 StGB unterfallen. Durch landesgesetzliche Regelungen ist eine Einschaltung von Dienstleistern dennoch unter bestimmten Umständen erlaubt. Zudem dürfen nach § 203 Abs. 3 StGB mitwirkende Personen eingeschaltet werden, soweit dies erforderlich ist. Allerdings ist die Auftraggeberin verpflichtet, sicherzustellen, dass alle mitwirkenden Personen zur Geheimhaltung verpflichtet wurden. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich daher, alle Personen, die im Rahmen der beauftragten Tätigkeit mitwirken, auf die Geheimhaltung nach § 203 StGB zu verpflichten. Dies bedeutet insbesondere, dass für die Verarbeitung nur Mitarbeiter eingesetzt werden dürfen, die durch die Auftragnehmerin vorher schriftlich auf die Verschwiegenheit nach § 203 StGB verpflichtet wurden. Der Auftraggeberin sind die Namen der betreffenden Mitarbeiter auf Verlangen mitzuteilen. Der Auftragnehmerin ist bekannt, dass hinsichtlich der dem Berufsgeheimnis unterliegenden Daten ein Zeugnisverweigerungsrecht nach § 53a StPO besteht. Über die Ausübung des Rechtes auf Zeugnisverweigerung entscheidet der Berufsgeheimnisträger der Auftraggeberin. Der Auftragnehmerin ist bekannt, dass die dem Berufsgeheimnis unterliegenden Daten, die sich im Gewahrsam des Auftragnehmers zur Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung befinden, dem Beschlagnahmeverbot des § 97 Abs. 2 S. 2 StPO unterliegen. Einer Sicherstellung ist zu widersprechen. Die Auftraggeberin ist unverzüglich zu informieren, wenn eine Beschlagnahme der Daten zu erwarten ist oder bevorsteht.

## § 5 Berechtigung zur Begründung von Unterauftragsverhältnissen

- (1) Die Auftragnehmerin darf Unterauftragnehmer nur beauftragen, wenn die Auftraggeberin dies vorher schriftlich genehmigt hat.
- (2) Ein Unterauftragsverhältnis liegt insbesondere vor, wenn die Auftragnehmerin weitere Auftragnehmer in Teilen oder im Ganzen mit Leistungen beauftragt, auf die sich dieser Vertrag bezieht. Nicht als Unterauftragsverhältnisse im Sinne dieser Regelung sind solche Dienstleistungen zu verstehen, die die Auftragnehmerin bei Dritten als Nebenleistung zur Unterstützung bei der Auftragsdurchführung in Anspruch nimmt. Dazu zählen z.B. Telekommunikationsleistungen oder

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 3 von 8                             |

Reinigungskräfte. Die Auftragnehmerin ist jedoch verpflichtet, zur Gewährleistung des Schutzes und der Sicherheit der Daten der Auftraggeberin auch bei fremd vergebenen Nebenleistungen angemessene und gesetzeskonforme vertragliche Vereinbarungen zu treffen sowie Kontrollmaßnahmen zu ergreifen.

- (3) Ein Zugriff auf Daten darf durch den Unterauftragnehmer erst dann erfolgen, wenn die Auftragnehmerin durch einen schriftlichen Vertrag sicherstellt, dass die in diesem Vertrag vereinbarten Regelungen auch gegenüber den Unterauftragnehmern gelten, wobei insbesondere hinreichende Garantien dafür geboten werden müssen, dass die geeigneten technischen und organisatorischen Maßnahmen so durchgeführt werden, dass die Verarbeitung entsprechend den datenschutzrechtlichen Vorschriften erfolgt. Bei der Einschaltung von Unterauftragnehmern ist die Auftragnehmerin zudem verpflichtet, die Verpflichtung der weiteren mitwirkenden Personen entsprechend § 203 StGB und § 4 Abs. 8 dieses Vertrages sicherzustellen.
- (4) Die Inanspruchnahme der in Anlage 2 (Liste der beauftragten Unterauftragnehmer einschließlich der Verarbeitungsstandorte) zum Zeitpunkt der Vertragsunterzeichnung aufgeführten Unterauftragnehmer gilt als genehmigt, sofern die in § 5 Abs. 3 dieses Vertrages genannten Voraussetzungen umgesetzt werden.

#### **§ 6 Kontrollrechte der Auftraggeberin**

Die Auftragnehmerin erklärt sich damit einverstanden, dass die Auftraggeberin oder eine von ihr beauftragte Person berechtigt ist, die Einhaltung der Vorschriften über den Datenschutz und der vertraglichen Vereinbarungen im erforderlichen Umfang zu kontrollieren, insbesondere durch die Einholung von Auskünften und Anforderung von relevanten Unterlagen, die Einsichtnahme in die Verarbeitungsprogramme oder durch Zutritt zu den Arbeitsräumen der Auftragnehmerin zu den ausgewiesenen Geschäftszeiten nach vorheriger Anmeldung. Durch geeignete und gültige Zertifikate zur IT-Sicherheit (z.B. IT-Grundschutz, ISO 27001) kann auch der Nachweis einer ordnungsgemäßen Verarbeitung erbracht werden, sofern hierzu auch der jeweilige Gegenstand der Zertifizierung auf die Auftragsverarbeitung im konkreten Fall zutrifft. Die Vorlage eines relevanten Zertifikats ersetzt jedoch nicht die Pflicht der Auftragnehmerin zur Dokumentation der Sicherheitsmaßnahmen im Sinne des § 3 dieser Vereinbarung.

#### **§ 7 Mitzuteilende Verstöße der Auftragnehmerin**

Die Auftragnehmerin unterrichtet die Auftraggeberin unverzüglich über Störungen des Betriebsablaufs, die Gefahren für die Daten der Auftraggeberin mit sich bringen, sowie bei Verdacht auf Datenschutzverletzungen im Zusammenhang mit den Daten der Auftraggeberin. Gleiches gilt, wenn die Auftragnehmerin feststellt, dass die bei ihr getroffenen Sicherheitsmaßnahmen den gesetzlichen Anforderungen nicht genügen. Der Auftragnehmerin ist bekannt, dass die Auftraggeberin verpflichtet ist, umfassend alle Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu dokumentieren und ggf. den Aufsichtsbehörden bzw. der betroffenen Person unverzüglich zu melden. Sofern es zu solchen Verletzungen gekommen ist, wird die Auftragnehmerin die Auftraggeberin bei der Einhaltung ihrer Meldepflichten unterstützen. Sie wird die Verletzungen der Auftraggeberin unverzüglich melden und hierbei zumindest folgende Informationen mitteilen:

- a) eine Beschreibung der Art der Verletzung, der Kategorien und ungefähre Anzahl der betroffenen Personen und Datensätze,
- b) Name und Kontaktdaten eines Ansprechpartners für weitere Informationen,
- c) eine Beschreibung der wahrscheinlichen Folgen der Verletzung sowie

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 4 von 8                             |

- d) eine Beschreibung der ergriffenen Maßnahmen zur Behebung oder Abmilderung der Verletzung.

### § 8 Beendigung des Auftrags

- (1) Nach Abschluss der Auftragsverarbeitung hat die Auftragnehmerin alle personenbezogenen Daten nach Wahl der Auftraggeberin entweder zu löschen oder zurückzugeben, soweit nicht eine gesetzliche Verpflichtung zur Speicherung der personenbezogenen Daten besteht.
- (2) Die Auftraggeberin kann das Auftragsverhältnis ohne Einhaltung einer Frist kündigen, wenn die Auftragnehmerin einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Bestimmungen dieses Vertrags oder gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen begeht und der Auftraggeberin aufgrund dessen die Fortsetzung der Auftragsverarbeitung bis zum Ablauf der Kündigungsfrist oder bis zu der vereinbarten Beendigung des Auftrags nicht zugemutet werden kann.

### § 9 Schlussbestimmungen

- (1) Sollte das Eigentum der Auftraggeberin bei der Auftragnehmerin durch Maßnahmen Dritter (etwa durch Pfändung oder Beschlagnahme), durch ein Insolvenzverfahren oder durch sonstige Ereignisse gefährdet werden, so hat die Auftragnehmerin die Auftraggeberin unverzüglich zu verständigen. Ein Zurückbehaltungsrecht ist in Bezug auf Datenträger und Datenbestände der Auftraggeberin ausgeschlossen.
- (2) Die Vertragsbegründung, Vertragsänderungen und Nebenabreden sind schriftlich abzufassen, was auch in einem elektronischen Format erfolgen kann.
- (3) Sollten einzelne Teile dieses Vertrags unwirksam sein, so berührt dies die Wirksamkeit des Vertrags im Übrigen nicht.
- (4) Mit Abschluss dieses Vertrages werden alle bislang zu diesem Thema geltenden Regelungen abgelöst.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Auftraggeberin

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Auftragnehmerin

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 5 von 8                             |

**Anlage 1: Auflistung der beauftragten Dienstleistungen und Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten**

|  |   |
|--|---|
| Gegenstand der Verarbeitung  |   |
| Art und Zweck der Verarbeitung   |   |
| Art der personenbezogenen Daten  |   |
| Kategorien betroffener Personen  |   |
| Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Auftraggeberin (sofern benannt)  | Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen<br>Dr. Jörg Pukrop<br>Konzerndatenschutzbeauftragter<br>c/o Kurfürstenallee 130<br>28211 Bremen<br>E-Mail: datenschutz@gesundheitnord.de |
| Name und Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten der Auftragnehmerin (sofern benannt) |   |

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 6 von 8                             |

**Anlage 2: Liste der beauftragten Unterauftragnehmer einschließlich der Verarbeitungsstandorte**

| <b>Unterauftragnehmer</b> (Name, Rechtsform, Sitz der Gesellschaft) | <b>Verarbeitungsstandort</b> | <b>Art der Dienstleistung</b> |
|---|------------------------------|-------------------------------|
|   |                              |                               |
|   |                              |                               |
|   |                              |                               |
|   |                              |                               |

Entwurf

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 7 von 8                             |

**Anlage 3: Technisch-organisatorische Sicherheitsmaßnahmen**

(Bitte die beigefügte Checkliste ausfüllen oder klären, ob ein eigenes IT-Sicherheitskonzept an dieser Stelle als Vertragsbestandteil vereinbart werden kann).

Entwurf

|                                    |  |
|------------------------------------|--|
| Dokumentenstatus: Freigegeben      | Wiedervorlagestatus: Gültig bis 20.01.2027 |
| Erstellt von: Dr. Pukrop, Joerg    | Gültig bis: 20.01.2027                     |
| Geprüft von: Zimmermann, Jana      | Dateiname: Auftragsverarbeitungsvertrag    |
| Freigegeben von: Dr. Pukrop, Joerg | Seite: 8 von 8                             |